

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatslich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile Postzeitung oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenzeile Beilagenzeile 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen auf bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesicherter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10 M. pro Saalend, zusätzlich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 151

Dienstag, den 22. Dezember 1931

33. Jahrg

Nach der Notverordnung vom 8. 12. 1931 sind bis auf weiteres auch alle

Arbeitslosen-Versammlungen verboten.

Wer trotz dieses Verbots Versammlungen anberaunt, an Versammlungen teilnimmt oder sie in seinen Räumen duldet, hat Geld- oder Freiheitsstrafen zu erwarten. Schant- oder Geküßschaften können polizeilich geschlossen werden.

Ferner verbietet sie jede Ansammlung oder das geflüsterte Auftreten von Erwerbslosen im Rathause freigehten. Verstöße werden als Vergehen gegen die öffentliche Ordnung bestraft werden.

Kemberg, den 21. Dezember 1931.

171) Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Steuerkarten-Ausgabe.

Die Steuerkarten für 1932 sind Montag, den 28. Dezember, vormittags im Magistratsbüro abzuholen. Kemberg, den 21. Dezember 1931.

173) Der Magistrat.

Donnerstag, den 24. Dezember, 14 Uhr,

Mütterberatungsstunde

im Bürgerklub.

Kemberg, den 21. Dezember 1931

170) Der Magistrat.

Stadtverordneten-Sitzung

Dienstag, den 22. Dezember, 20 Uhr, im Rathause.

Tagesordnung

1. Genehmigung der letzten Niederschrift,
2. Kenntnisnahmen,
3. Führungsberechnung für 1932,
4. Bewilligung weiterer Mittel für Erwerbslose.

Erwählungsbesucher haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einlagkarten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einlagkarten sind ungültig.

Kemberg, den 19. Dezember 1931.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

169) S. Lubley.

Wird die Notverordnung helfen?

Es geht um Gründung von Wirtschaft und Industrie.

Die ersten Notverordnungen, welche die Regierung erlassen herausgefunden hat, haben der deutschen Wirtschaft, insbesondere dem Reich, den Ländern und Gemeinden eine Einparnung von 2,4 Milliarden Mark eingetragen. Allerdings muß man hierbei berücksichtigen, daß infolge dieser Einparnungen viele Entlassungen vorgenommen wurden und viele Menschen arbeitslos geworden sind. Die neue Notverordnung soll wieder Erparnisse bringen, und zwar in großem Umfang. Allein die Wirtschaft soll durch Senkung der Frachten bei Bahn und Binnenverkehr um 300 Millionen Mark entlastet werden. Sie hat es nötig, denn man braucht sich nur umzusehen, und man wird finden, daß uns jeder Tag neue Alarmmeldungen bringt.

Die Baumwollspinnereien klagen über unermessliche Einfuhr von englischem Garn, und die Baumwollwebereien teilen mit, daß in der zweiten Hälfte des November keine Geschäftstätigkeit größeren Umfangs festzustellen konnte. Die bekannte Webwaren W.-G. in Köln hat jedoch Konkurs angemeldet. Bei der Gardinenindustrie finden wir im Dezember eine weitere Verschlechterung des Geschäftes und einen Rückgang der Preise, ebenso ist im Juli gefestigt eine ärgere Zurückhaltung der Kundenschaft bei unbefriedigenden Preisen zu beobachten. Die Rohleinerzeugung liegt katastrophal darnieder. So wird aus Sheffield für die letzten Wochen ein fast völliger Ausfall der Produktion gemeldet, und die Gesamtzeugung der deutschen Rohleinerindustrie in den ersten elf Monaten dieses Jahres betrug nur 5,7 Millionen Tonnen gegen 9 Millionen Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Nach sonst nicht es nirgends tollig aus. Die Firma Continental in Hannover hat ihr Werk in Seelze stilllegen müssen und läßt die umfangreichen Fabrikgebäude abreißen. Siemens in Berlin mußte seine Baution eingehen lassen, und die Waggonfabrik Oberlander Credit & Co. in Kassel hat 520 Arbeiter und Angestellte entlassen und will das gesamte Werk stilllegen. Nach Mitteilung der Firma wird sie nicht einmal die neuen Aufträge der Reichsbahn annehmen, da auch diese keine Rettung mehr bringen können. Die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen Ludwig Bode & Co. A.-G. in Berlin muß 20 Millionen eigene Aktien einziehen, da sie die infolge der gekünderten Kurie erfolgten Abschreibungen auffangen möchte.

Bei den Schraubenfabriken hat sich im November der Auslandsmarkt trübselig gestaltet. Ungarn gibt überhaupt kein Geld mehr, und wer liefern will, muß ungarische Waren in Tausch nehmen. Preisunterbietungen finden sich in allen Branchen, und zwar in beachtlicher Umfang, daß sie nur durch Preisabschlässe zu erklären sind. Die Lage der Schiffahrt gestaltet sich infolge des Bündelstuzes immer schwieriger, weil die auf Schilling basierenden Frachten sich der Bündelwertung noch nicht angepaßt haben. Die Folge ist ein Rückgang des Güterverkehrs und ständig fursierende Gerüchte von der Umstellung deutscher Schiffe auf fremde Flaggen. Vor einigen Tagen hat Kanada an England große Aufträge in Stahl und Elektrowerten gegeben, und bei uns geht es selbst den größten Firmen dieser Branchen schlecht. Weß man doch, daß Siemens die vor kurzem durch Umverteilung von 20 Millionen erwerbene und zum modernen Wert dieser Art ausgesetzte Turbinenfabrik Wülheim/Auhr praktisch stilllegen mußte, und daß die Neubauten in Siemensstadt bei Berlin nicht ausgenutzt werden können. Die Königs- und Varrahütte, von denen die erstere seit 12. Dezember stillgelegt ist, nahm eine Herabsetzung des Kapitals um 65 Millionen vor, um sich der Wirtschaftslage anzupassen. Die Witte könnte beliebig verlängert werden.

Wird nun die neue Notverordnung die so dringend erforderliche Entlastung bringen? Wir wollen es hoffen, ohne daß wir indessen Grund zu einem allzu rosen Optimismus haben. Der hauptsächlich der einwirkenden Bestimmungen besteht ja in einer allgemeinen Senkung der Preise durch eine entsprechende Verminderung aller Löhne, wodurch eine verstärkte Ausfuhrmöglichkeit deutscher Erzeugnisse geschaffen werden würde. Hieron verpricht man sich neben einer Verminderung der Arbeitslosigkeit die so bitter notwendige Aufhebung der Wirtschaft. Leider machen sich demgegenüber im Auslande aber verstärkte Bestrebungen geltend, die vergrößerten deutschen Wareneinfuhr durch erhöhte Zölle oder Sonderbestimmungen hinsichtlich der Einfuhr zu begegnen. Auch das Abgleiten der ausländischen Währung trägt das Seine dazu bei, dem deutschen Export erhöhte Schwierigkeiten zu bereiten. Die diesbezüglichen Wirklungen lassen sich bereits aus den letzten veröffentlichten Ziffern über die Entwicklung des deutschen Außenhandels der letzten Zeit feststellen. Es wird somit zweifellos ganz besonders schwieriger und gefährlicher Verhandlungen unserer Außenhandelsstellen bedürfen, wenn es uns gelingen soll, die an die neue Notverordnung geknüpften Erwartungen zu erfüllen und auf die Dauer zu bewahren.

Warnrufe aus Amerika.

Hoover-Memorandum vom Repräsentantenhaus angenommen.

Washington, 19. Dezember.

Das Repräsentantenhaus nahm das Hoover-Memorandum mit 317 gegen 100 Stimmen mit dem vom Finanz- und Wirtschaftsausschuss angenommenen Zusatz, der sich gegen Streichung oder Herabsetzung der Kriegsschulden richtet, an.

Das Haus stimmte also dem Memorandum als einmaligen, jetzt nicht mehr zu änderndem Schritt hoovers zu, betonte jedoch, daß dies nicht eine Blankovollmacht für weitere Memoranden oder für eine Revision der bisherigen Schlußdenkmalen bedeute. Die entscheidende Sitzung des Repräsentantenhauses dauerte von 12 Uhr mittags bis 10 Uhr abends. Am Finanz- und Wirtschaftsausschuss des Senats beauftragte der Präsident die National City Bank, Mitchell, daß die deutschen Anleihen von weiten Kreisen des amerikanischen Publikums gekauft werden ließen. Mitchell betonte, daß Deutschland keine Privatschulden bezahlen werde, wenn man es wegen der politischen Schulden nicht zu hart bedränge.

Andersfalls würde nicht nur Deutschland zusammenbrechen, sondern dies würde auch Frankreich, England und Amerika teuer zu stehen kommen.

Der „Times“-Korrespondent in Washington muß erfahren haben, daß Staatssekretär Stimson vor dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss eine vertrauliche Erklärung über die Aussichten in Zentraluropa abgegeben habe, die er als höchst beunruhigend bezeichnet hätte.

Erste Ereignisse könnten unter Umständen in den nächsten Tagen erwartet werden. Präsident Hoover habe einigen Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses des Repräsentantenhauses bei einem Frühstück verschiedenes mitgeteilt, aber die Teilnehmer zum Schlüsselwort verpflichtet. Es heißt, daß der Präsident die Weltlage in den dunkelsten Farben gemalt und bemerkt habe, die Vereinigten Staaten könnten sich den Schwierigkeiten der Weltlage nicht entziehen.

Reinhardt Bankbeamte erklärten, alle deutschen Kredite seien gestrichelt, zum größten Teil durch Guthaben und erstklassige amerikanische Werte.

„Überwindung der Weltwirtschaftskrise.“

Der bekannte englische Wirtschaftswissenschaftler Sir George Paish sagt zu der gegenwärtigen Weltdepression:

„Binnen zwei Monaten ist ein allgemeiner Zusammenbruch möglich, wenn nicht umgehend eine vorübergehende Regierungsgarantie für die Zahlungsfähigkeit der Banken geklärt und eine internationale Konferenz einberufen werde.“

Nur durch derartige Maßnahmen könne das Vertrauen wiederhergestellt werden.

Eine internationale Konferenz könne am besten von den Berechtigten Staaten einberufen werden. Jede Nation müsse mit dem Willen daran teilnehmen, einen möglichst großen Beitrag zum Wiederaufbau der Welt zu leisten, und dürfe nicht bestraft sein, so viel wie möglich nur für sich selbst herauszuschlagen.

Englisch-französische Reparationsdebatte.

Ein leitender Vertreter des englischen Schachmates ist nach Paris entbunden worden, um in mündlichen Verhandlungen mit den zuständigen französischen Stellen die Note zu kommentieren, mit der die englische Regierung das französische Reparationsmemorandum beantwortet hat. Die englische Note hat es vermieden, auf praktische Einzelheiten einzugehen, und sie begründet diese Tatsache mit dem Hinweis darauf, daß es zweckmäßiger sei, den Bericht der Walter Sachverständigen abzuwarten.

Grundsätzlich aber gibt die Note der französischen Regierung noch einmal sehr eindringlich zu verstehen, daß man in England die Reparationen und die Kriegsschulden als die wesentliche Ursache der Weltwirtschaftskrise anseh und einen früheren Ausweg aus dieser Krise nur in der Beilegung dieser ihrer Ursachen zu erblicken vermag.

Dieser englische Standpunkt wird in einzelnen dargelegt, und dabei kommt die englische Regierung zu der eben- so interessanten wie zeitgenössischen Feststellung, daß Deutschland in den letzten Jahren weitgehend durch englische Kredite und durch die Steigerung der deutschen Ausfuhr nach England inländisch gedeckt worden sei. Reparationszahlungen zu leisten, daß also Frankreich einen Teil seiner Reparationen inländisch von England bezogen habe.

Die Neuherausgabe gutunterrichteter Pariser Blätter zeigen deutlich das französische Bestreben, die Entlastung zu vermeiden oder doch zu verzögern und betonen die Schwierigkeit eines Ausgleichs zwischen der französischen und englischen Auffassung.

„England hat die Reparationen fast“

Der englische Delegierte auf der Sachverständigenkonferenz in Basel, Lupton, hat dem Leiter einer großen Bank folgendes erklärt:

„England hat die Reparationen fast. Wir werden das Pfund Sterling so lange nicht stabilisieren, als die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas durch den Druck der Reparationen paralytisiert wird.“

Preußens Sparmachnahmen.

Schlachtfeldsteuer oder Schokoladensteuer?

Zu der Behauptung, die neue preussische Notverordnung bringe Erparnisse von 150 Millionen, wird erklärt, daß der finanzielle Nutzen erheblich größer sein werde. Dies ist schon deshalb notwendig, weil das ausstehende Staatsdefizit für 1932 rund eine halbe Milliarde umfasse. Generell enthalte die Notverordnung die Möglichkeit, daß alle Sachausgaben gegenüber den bereits gestützten Titeln des Haushaltsplanes für 1931 weiterhin in einem bestimmten Umfang zu vermindern sind.

Leider das Wo seien die Verhandlungen mit den einzelnen Ressorts noch nicht abgeschlossen. Auch dann aber werde durch die Notverordnung allein der Ausgleich im Haushaltsplan noch nicht hergestellt, so daß man gezwungen sein werde, eine neue Einnahmequelle zu schaffen.

Ob man die unpopuläre Schlachtfeldsteuer hierfür einsehen werde, sei noch immer nicht entschieden.

Für wenig wahrscheinlich gilt der Plan, an Stelle der 100 Millionen einbringenden Schlachtfeldsteuer

eine Margarinesteuer

einzuführen, für die geltend gemacht wird, daß sie ein Produkt treffe, das zu wesentlichen Teilen aus ausländischen Rohstoffen hergestellt wird.

Demgegenüber verspricht man aber darauf, daß die Margarinesteuer hauptsächlich die „minderbemittelten Bevölkerungsschichten treffen würde.“ Erklärt, daß die gleichen Voraussetzungen bezüglich der „stoffe auch bei einem anderen Produkt, nämlich bei der Schokolade, vorliegen, die schon eher der Verbesserung unterworfen werden könnte.

Erwähnt sei noch, daß sich Erparnisse auch am Verschulden kaum vermeiden lassen werden. Es ist anzunehmen, daß der bisherige staatliche Kapitalbeitrag für das Reichsbankensystem von 20 RM erheblich, etwa auf 12 RM herabgesetzt wird. Auf Grund der organisatorischen Änderungen durch die neue Notverordnung, also der Aufhebung von Amtsgerichten, von Oberfinanzämtern, der Schließung von wissenschaftlichen und von Kunstinstituten usw., macht sich eine nochmalige Umarbeitung des Etatentwurfs für 1932 notwendig, ehe der Haushaltsplan im Januar an den Landtag gehen kann.

Preussischer Landtag.

Mistrauensantrag gegen Klepper abgelehnt.

Berlin, 19. Dezember.

Der preussische Landtag lehnte in seiner letzten Sitzung vor der Weihnachtspause am Freitag den deutschnationalen

Wirtschaftsausschuss gegen Finanzminister Klepper mit 217 Stimmen der Regierungsparteien gegen 177 Stimmen ab.
Angenommen wurde der gemeinsame Antrag der Deutschnationalen, des Landvolks und der Nationalsozialisten auf Entsendung des Untersuchungsaußenbüros zur Nachprüfung der Geschäftsführung der Preußenkasse unter Leitung des jetzigen Finanzministers Klepper.

Landbund gegen Rotverordnung. Nationalsozialistischer Vizepräsident in das Präsidium gewählt.

Berlin, 19. Dezember.
Der Bundesvorstand des Reichslandbundes ergänzte das Präsidium durch Zuwahl des Hofbesizers Willkens aus Groß-Britzke im Kreise Goslar. Präsident Willkens gehört dem Landbund seit seiner Gründung an und ist auch Mitglied der Reichstagsfraktion und der Reichsleitung der NSDAP.

Zur Rotverordnung faßte der Bundesvorstand eine Entschliessung in der es u. a. heißt:

„Die letzten Maßnahmen von Reichspräsident und Reichsregierung sind nicht geeignet, die Gesundung der deutschen Landwirtschaft sicherzustellen. Trotz mancher in der Rotverordnung enthaltenen Einzelmaßnahmen die eine relative Entlastung der Landwirtschaft bewirken sollen, wird im Gesamt-Ergebnis die Landwirtschaft auch nicht im entferntesten in den Stand gesetzt, den Binnenmarkt zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu lindern und die Ernährung des Volkes aus eigener Scholle sicherzustellen.“

Bei Einnahmen unter Friedensstand ist auch ein Zinsfuß von 6 Prozent antragbar.

Der endlich gefasste notwendige Schutz gegen Zwangsverpflichtungen hat nur dann Wert, wenn in der Zwischenzeit die grundlegende Umstellung der deutschen Wirtschaft auf den Binnenmarkt mit der dabei unerlässlichen wirksamen Wdrohziehung aller entscheidenden Einfuhr erfolgt.“

Senkung der Kohlenpreise.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat getreten die Vorhürden über die Senkung der gebundenen Preise im Kohleneinzelhandel „affen. Danach sind die Händler verpflichtet, die Senkung der Großhandelspreise und der Frachten unerfüllt dem Verbraucher zugute kommen zu lassen und außerdem ihre Preisspanne um mindestens 15 Prozent zu senken.

Werden die Preise für Steinkohle, Braunkohle, Pechkohlen und aus Kohle hergestellten Koks nicht entsprechend senkt, so sind alle Verträge und Beschlüsse über Preisbindung nichtig.

Bis zum 1. April 1933 dürfen die Preise ohne Genehmigung der obersten Landesbehörde nicht wieder erhöht und auch keine neuen Preisbindungen beschlossen werden. Wer den Vorschriften des Preisministers vorläufig oder langfristig zumwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 20.000 RM bestraft.

Mietkündigungsrecht bleibt.

Reichskabinett lehnt Zuerückung ab.

Berlin, 19. Dezember.

Nach der neuen Rotverordnung haben die Mieter von Wohn- und Geschäftsräumen das Recht, einen über den 31. März 1933 hinaus laufenden Mietvertrag vorzeitig zu diesem Termin zu kündigen. Der Mieter kann aber nicht kündigen, wenn er sich mit dem Vermieter im Jahre 1931 auf eine Ermäßigung des Mietzinses um mindestens 20 v. S. geeinigt hat oder noch einigt.

Von verschiedenen Seiten ist geminhigt worden, dem Hauseigentümer zu ermöglichen, die Kündigung schon durch das bloße Angebot einer 20prozentigen Ermäßigung abzuwenden. Das Reichskabinett hat die Angelegenheit erneut erörtert, jedoch von der angeregten Maßnahme abgesehen.

Die hiervon unabhängigen Durchführungsvorschriften von den Kündigungsbedingungen werden beschleunigt vorbereitet.

Unerträgliche Lasten.

Die Betriebsverflechtung der Reichsbahn.

Basel, 20. Dezember.

Aus dem Baseler Bericht über die Reichsbahn geht hervor, daß in den Jahren 1925 bis 1929 der Betriebsüber-

schuß im Jahresdurchschnitt etwa 833 Millionen betragen hat, wodurch es der Reichsbahn möglich war, den Betrag von 660 Millionen RM nach dem Dames- und Mooreplan zu zahlen. Der Reingewinn der Reichsbahn lag wesentlich über dem Tributbetrag, und der Betriebskoeffizient betrug während dieser Jahre zwischen 81 und 85 Prozent.

Im Jahre 1931 fielen infolge der Wirtschaftskrise die Einnahmen um 13 Prozent, der Betriebsüberschuß auf 480 Millionen. Um den Tribut und den weiteren jährlichen Cassen nachzukommen, war die Reichsbahn gezwungen, den Uebertrag aus früheren Jahren heranzuziehen. In diesem Jahre stieg der Betriebskoeffizient auf 89,5 Prozent. Im Jahre 1932 wurde die Krise noch härter. Das Abfließen der Einnahmen der Reichsbahn während der Jahre 1930 und 1931 betrug nicht weniger als 1,5 Milliarden, d. h. 28 Prozent oder beinahe ein Drittel der Jahre 1925 bis 1929.

Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, zu denen auch die Tributlasten gehören, war die Reichsbahn gezwungen, auf ihre Ausgleichs- und Dividendenreserven zurückzugreifen.

Die deutschen Reichsbahn-Sachverständigen sind bereits nach Berlin zurückgekehrt.

Bürgersteuer im neuen Jahr.

Eine Ermäßigung des Reichsfinanzministers.

Berlin, 20. Dezember.

Der erste Fälligkeitsstag für die vom Arbeitslohn einzubehaltende Bürgersteuer ist der 10. Januar 1932. Die Steuer ist bei der nächsten auf den 10. Januar 1932 folgenden Lohnzahlung vom Arbeitslohn einzubehalten.

Eine Reihe von gewerblichen Betrieben, insbesondere kurzarbeitende Betriebe werden in der Zeit vom Montag den 28. Dezember 1931, bis Sonnabend, den 2. Januar 1932, aus betriebswirtschaftlichen Gründen geschlossen. Einzelne Betriebe, die so verfahren, gewährend ihren Arbeitnehmern in dieser Zeit Lohnzuschüsse, die bei den nächsten Lohnzahlungen des neuen Jahres abgerechnet werden. Sind die Löhne in diesen Fällen außerdem noch infolge Kurzarbeit gemindert, so würde es eine große Härte sein, wenn in dieser Zeit außer den Lohnzuschüssen auch noch die Bürgersteuerrate vom Lohn abgezogen wäre.

Unter der Voraussetzung, daß der Betrieb zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen ist, daß ferner die Arbeitnehmer für diese Zeit einen Lohnzuschuß erhalten und daß es sich endlich um kurzarbeitende Arbeitnehmer handelt, ermäßigt der Reichsfinanzminister ausnahmsweise die Arbeitgeber, die erste Bürgersteuerrate statt an der ersten auf den 10. Januar 1932 folgenden Lohnzahlung erst an der zweiten Lohnzahlung nach dem 10. Januar einzubehalten.

Das Bierpfennigstück.

Das Fünfpfennigstück soll verschwinden.

Berlin, 20. Dezember.

Die Ausprägung von Bierpfennigstücken im Gesamtbetrag von 2 Millionen RM hat am Sonnabend die Zustimmung des Reichsrats gefunden.

Die Reichsregierung hat auf die Ausprägung dieser Münzen großen Wert gelegt, da sie sich davon eine Unterstützung ihrer Preislenkungsaktion verspricht. Die im garten Ringe geprägten Münzen bestehen aus einer Legierung von 95 Teilen Kupfer, 4 Teilen Zinn und 1 Teil Zink. Sie erhalten einen Durchmesser von 24 Millimetern und ein Gewicht von 5 Gramm. Die Abkanten der Reichsregierung gehen weiter davon aus, als wären die Bierpfennigstücke einzuziehen und dafür Bierpfennigmünzen auszugeben, so daß dann neue Ausprägungen für etwa 28 Millionen RM erfolgen würden. Mit dieser Frage wird sich der Reichsrat im Januar noch beschäftigen.

Die Einsparungen der Reichspost.

Um die Gebührenherabsetzung.

Berlin, 19. Dezember.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost beschäftigt sich im Arbeitsausschuss eingehend mit den sich bei der Reichspost aus der Bieren Rotverordnung ergebenden Einsparungen.

Von ausschlaggebender Bedeutung dafür, ob Gebührenherabsetzungen möglich sind, ist hierbei die Frage, ob die

Deutsche Reichspost diese Einsparungen ebenso wie die entsprechenden Summen früherer Rotverordnungen an das Reich abzuführen hat oder ob sie die Ersparnisse der Bieren Rotverordnung für ihre Zwecke verwenden kann. Der Arbeitsausschuss des Verwaltungsrates hat sich hiernach auf den Standpunkt gestellt, daß die durch die neuen Lohn- und Gehaltsänderungen bei der Reichspost erzielten Mittel der Reichspost zur Verfügung stellen und demnach über den bereits aus dem Reichspost dem Reich zur Verfügung gestellten Jahresbetrag von rund 240 Millionen RM hinaus eine weitere Ablieferung im Hinblick auf die finanzielle Lage der Reichspost und auf dringende Belange der Wirtschaft nicht stattfinden darf.

Der Arbeitsausschuss faßte ferner den Beschluß, daß die sich aus der Rotverordnung ergebenden Ersparnisse vor allem zur Ermäßigung der Gebühren in dem allgemeinen auch von der Reichspost verlangten Rahmen, ferner zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Reichspost und zur Vermeidung sonstiger Härten im Arbeitsverhältnis der Beschäftigten verwendet werden sollen.

Deutsche Tageschau.

Der Kampf um die Posttarife.

Ueber die Beibehaltung des bisherigen Posttarifs ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Es ist anzunehmen, daß sich das Reichskabinett noch einmal mit der Frage beschäftigen, ob die bisherige Ersparnisse ganz oder wenigstens im Teil zur Senkung der Tarife benutzbar sind, oder ob sie ans Reich abzuführen muß. Zur alle Fälle sollen bereits jetzt Pläne für einen neuen Posttarif ausgearbeitet werden.

Zahlungeinstellung bei Vorsig.

Vergleichsverhandlungen werden angestrebt.

Berlin, 19. Dezember.

Die bekannte Maschinenbaufirma Vorsig in Tegel hat ihre Zahlungen eingestellt und die Einleitung von Vergleichsverhandlungen beantragt. Ein genauer Status der Gesellschaft liegt noch nicht vor, doch heißt es, daß die Passiven einschließlich der gesicherten Schulden das Kapital von 10 Millionen RM übersteigen.

Von der Verwaltung wird ein offizielles Communiqué verbreitet, in dem es heißt: Wir haben uns gegenseitig gesehen, unsere Zahlungen einzustellen.

Die Gründe liegen in der verhängnisvollen Verschlechterung der Wirtschaftslage im In- und Ausland, die besonders seit Juli den Auftragsgang so stark beeinträchtigt hat, daß es unmöglich war, den Auftragsgang und die Umsätze in einem tragbaren Verhältnis zu erhalten. Verstärkt wurden die in der heutigen Wirtschaftslage und Finanzlage bedingten Schwierigkeiten durch Verluste bei einer Tochtergesellschaft, bei Schuldnern und Währungsstörungen.

Um das Unternehmen wieder auf eine gesunde Grundlage stellen und damit die Verwirklichung großer Werte zu vermeiden, die in nahezu hundertjähriger technischer Entwidlung und Erfahrung und in dem Welterfolg des Unternehmens begründet liegen, sehen wir uns gezwungen, eine Sanierung durch Einleitung des Vergleichsverfahrens anzutreten.

Das Wert ist für die derzeitige Lage bei einem Auftragsbestand von etwa 12 Millionen RM und einer Beschäftigtenstärke von 3700 Köpfen noch verhältnismäßig gut beschaffen.

Auf Kampf eingestellt!

Stahlheim zur Rotverordnung.

Berlin, 20. Dezember.

Die Bundesführer des Stahlheim nehmen in einer Verfassungsklage zur politischen Lage Stellung. Sie sagen darin u. a., daß durch die Rotverordnung weder die Befriedigung des Volkes noch die Rettung der Wirtschaft erreicht werde. Der Ausnahmezustand dürfe nicht zum Dauerzustand werden.

Der Stahlheim werde in den kommenden politischen Kämpfen, insbesondere in den Kampf um Preußen, mit höchster Aktivität eingreifen und mit jedem zusammengehen, der ihm ein freier und aufrechter Bundesgenosse sein wolle. Im Hinblick auf die Abbrüchlichkeit der Regierung der Stahlheim auch ohne sein totalitäres Erbenfeld für die Wiedergewinnung der Wehrhoheit werden kämpfen.

Stündchen Zeit. Wollen Sie mir nicht sagen, was weiter mit dem Grafen Egon wird?“

„Da ist nicht mehr viel zu sagen. Der Graf wurde mit den Säuren immer trüblicher. Oft kam er abends heimlich in unsern Häusern und ließ sich von meiner Schwester Gisela erzählen. Dann konnte er weinen wie ein kleines Kind. Nur wenn Graf Konrad zu den Ferien nach Hause kam, wurde er etwas freundlicher und zugänglicher; er liebte diesen, seinen Enkelsohnen, über alles und ließ ihn tun, wozu ihm keine Verfügung blieb. Der arme junge Herr Graf mußte so sofort nach der zweiten Heirat des Vaters aus dem Hause. Er war der Stiefmutter von Anbeginn ein Dorn im Auge. Mein Wilhelm, der noch jetzt der treue Diener des Serren Grafen ist, begleitete ihn nach Breslau aufs Gymnasium, dann auf die Universität und auf seine Reisen, bis vor drei Jahren, wo sein Vater starb und er als Herr nach Amortum kam. Ja, als Herr Sabaha — der Herr ist die gräbige Stiefmutter. Und er ist über seinen Büchern und studiert und studiert — wahrlich und merkt es gar nicht, wie sie ihm mitteilen. Ein lieber, guter Herr ist's, aber es wäre besser, er wäre weniger gut und entrieße der Gnädigen mit starker Sand die Zügel und läße lieber nach dem Rechten. Wer weiß, ob alles stimmt und ist, wie es sein soll. Habe mit ihm manchmal ein Herz gesprochen und ihm vorgeteilt, daß es so nicht weitergehen darf. Aber wenig schade ist's doch, daß er der Stiefmutter soviel Freiheit läßt. Und dafür gibt sie ihm noch viel verrückt aus — ich weiß ganz gut, von wem das Gerücht stammt, wenn's auch keiner ist, zu dem getaut. Haben Sie einmal unternen gnädigen Herrn gesehen, Fräulein?“

„Ja.“ (Fortsetzung folgt.)

JULIE RÖMER

Roman von Elsbeth Borchardt

3. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Die Eltern stuchten ihr und als nach einiger Zeit ihre Vermählungsanzeige mit Hollmann und die Bitte um Vergebung eintraf, blieben sie hart und vergaben nicht. Aber ihre Härte hat sie wohl oft gereut, denn man sah es, daß der Gram ihnen am Herzen traf. — Die Briefe Giselas blieben aus; keine Nachricht von ihr kam sie wieder nach Amortum. Aber weiß, wo das arme Fräulein sein Ende gefunden hat! — Aber auch die Eltern brachten der Gram bald ins Grab. Sie starben kurz hintereinander und auf das Schloß zog der neue Herr ein, unser Junker Karl Egon, der Vater des jetzigen Herrn und der Bruder Giselas. Ich wurde, wie ich es schon bei seinem Vater gewesen, sein persönlicher Diener. — Aber was war aus dem lieben, lustigen Veitmann geworden? Ich ersah, daß ich die Veränderung sehr unvorteilhaft, bitterer Wandel dem Kammer und Sorge auf der Seite geschrieben stand. Dabei hatte er eine junge Frau mitgebracht, die ihn herzlich liebte und alles verlor, ihn jenen Gram zu entziehen, aber ich habe den seligen Herrn Grafen nur selten lachen sehen. Erst als ihm ein Sohn geboren wurde, leuchtete sein Gesicht zum ersten Mal froh. Und dieser Sohn — Graf Konrad, der jetzige Herr — hat nach wenigen Jahren — sein Schicksal über diesen Verlust war ein fürchterlicher. So sah ich noch, aber er über ihre Leide gebüht stand und immer von „Vergeltung und Sühne“ murmelte. Von nun an wurde er noch verflöhener und kam oft tagelang nicht aus seinem Zimmer heraus. Der kleine Konrad, der jetzt ganz meiner Frau die Hand reichte, war ein Wärtchen war, überließ. Meine Kinder waren schon alle erwachsen und aus dem Hause und unter Jüngfer, der Wilhelm, diente bereits mit mir zusammen im Schloß. Der kleine

Graf gedieh prächtig, wurde groß und stark und wir liebten ihn wie unser eigenes Kind. Da — er war noch nicht acht Jahre alt — führte Graf Egon eine zweite Frau ins Schloß. Willst du mir, was ihm geraten, für seinen verwalteten Sohn eine Mutter zu nehmen und ihn nicht nur unter der Dienerschaft aufwachsen zu lassen. Geliebt konnte er diese Frau unmöglich haben, denn sie war alt und hies. Unter den Dienern räumte sie auf — sie mochte keine alten Gefährten leben. Ich war sechzig Jahre alt und der erste, der entlassen wurde, obwohl ich es an Gewandtheit noch mit den Jüngsten hätte aufnehmen können. Es traf uns hart, aber der Graf tröste uns, ichente uns ein Saas im Dorf und als der alte Schäfer starb, trat ich an seine Stelle und hüte nun schon seit zwanzig Jahren die Schafe. Und ich bin ganz zufrieden, wenn nur meine Alte geländer wäre.“

„Ist Ihre Frau krank?“ fragte Alle, die bis jetzt mit Interesse der Erzählung des alten Schäfers gefolgt war, teilnehmend.

„Ja, seit zehn Jahren liegt sie gelähmt im Bett und auch ihr Geist hat von dem langen Schlimm gelitten. Sie lebt in der Vergangenheit und nur selten hat sie klare Augenblicke.“

„Wie traurig!“

„Ja, ja“, seufzte der Alte, „sie hat nun auch schon ihre achtzig Jahre auf dem Rücken, gerade so wie ich und als wir uns freuten, waren wir beide vierundzwanzig alt.“

„Sie haben also schon die diamantene Hochzeit gefeiert?“

„Freilich, freilich, ach Fräulein — wie darf ich Sie nennen? Sagen Sie mir bitte Ihren Namen.“

„Römer“, antwortete sie.

„Ach, Fräulein Römer, wenn Sie doch einmal zu meiner Wolln können (Gott wolle) sie heilade werden vor Freude, wenn Sie Ihr liebes, schönes Gesicht schaut, das ihrem Weiblich so ähnlich sieht.“

„Gern will ich kommen, sobald ich einmal freie Zeit habe“, erwiderte sie freundlich, „doch Ihre Geschichte von vorhin war noch nicht zu Ende. Ich habe noch ein halbes

Aus der Heimat und dem Reich.

Kemberg den 21. Dezember 1931

Die Unfall- und Invaliden-Renten für Januar 1932 werden bereits am Mittwoch, den 30. Dezember 1931, gezahlt.

* Am Donnerstag, den 24. d. Mts., findet die Annahme von nachzulebenden Sendungen bis 16 Uhr nachmittags statt. Ab 16 Uhr ist der Posthalter geschlossen.

* Wie wir von gutunterrichteter Seite hören, dürfte dem von den Stadtverordneten der SPD, gegen die Bürgermeisterei eingereichten Einspruch von der Regierung stattgegeben werden. Nach Eingang der amtlichen Benachrichtigung wird dann die Wahl noch einmal vorgenommen.

Gip. Wohlfahrtsmarken für die Weihnachtspost. Zur Frankierung von Briefen und Postkarten seien gerade in den Weihnachtstagen die bekannten Wohlfahrtsbriefmarken empfohlen. Sie sehen sehr schmutz aus und geben jeder Postkarte, die man damit freimacht, eine besonders festliche Note. Die 8 Pfennig-Mark, die mit einem Aufschlag von 50 Prozent verkauft wird, zeigt den Dresdener Zimner, die 15 Pfennig-Mark, deren Verkaufspreis 20 Pfennig ist, das Breslauer Rathaus. Für Auslandsbriefe kommt die 25 Pfennig-Mark in Frage, auf der das Heidelberger Schloss zu sehen ist, sie kostet 25 Pfennig. Auf der Post sowie bei den Einrichtungen der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege sind außerdem Markenheften erhältlich, die sich sehr schön als Weihnachtsgeschenke eignen.

Schneller schreiben leichter schreiben mit Finte

Kuchschreiber heißt mit dem HARO mit der Glatte Spitze

Preis RM. 3.- und RM. 3.50, auswechselbare Glasfedern in jeder Schriftstärke RM. 0.30 zu beziehen durch:

Richard Arnold, Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

Düben. (Als Bürgermeister befragt.) Wie wir erfahren, ist die Wahl Dr. Zimmermanns zum Bürgermeister der Stadt Düben vom Regierungspräsidenten bestätigt worden. Die Einführung erfolgt voraussichtlich Anfang Januar.

Düben. (Schlecht beholene Gastfreundschaft.) Am Mittwoch hatte Frau Hedwig H. in der W. Oranienstraße den Besuch eines Wanderbüchsen Paul C. aus Altenham erhalten, den sie früher einmal dort kennengelernt hatte. Sie gewährte ihm bereitwillig für die Nacht Unterkunft. Als sie am nächsten Tage von ihrer Arbeitsstätte zurückkehrte, mußte sie aber die unangenehme Entdeckung machen, daß der Besucher, der schon am frühen Morgen angeblich weiterwandern wollte, in ihrer Abwesenheit zurückgekommen war, die Tür mit einem Nachschlüssel geöffnet und für 50 Mark Bargeld entwendet hatte. Die Beschlagnahme hat Anzeige erfartrat.

Gilenburg, 19. Dez. (Man prügelte ihn, wenn er nicht heulen wollte.) Bei einem hiesigen Bäckermeister arbeitete sich sein Lehrling mit der Angabe, er halte es nicht mehr in der Stelle aus, er müsse für den Gehilfen beim Bäckermeister ständig Backwaren hehlen und belame Prügel von dem Gehilfen, wenn er sich zu heulen weigere. Die Angaben des Lehrlings stellten sich als richtig heraus. Seit etwa sechs Wochen sind dem Bäckermeister Weib, Eier, Hühner und sonstige Zutaten in großen Mengen entwendet worden.

Berufung im Prozeß gegen Emdenbesorgerlicher Böttze. Halle. Die Staatsanwaltschaft hat in dem Prozeß gegen den Gemeindevorsteher Böttze in Katernheide, der wie gemeldet, von der Anklage, der Untreue freigesprochen wurde, Berufung eingelegt, um sich zunächst die Reaprobation des Urteils vorzubehalten. Ob die Berufung auch durchgeföhrt wird, steht also noch nicht fest. Das wird von dem Ergebnis der Urteilsreaprobation abhängen.

Zur Haftentlassung des Hefeninspektors. Halle. Die Haftentlassung des mit der Ermordung Bauers in Zusammenhang gedachten Hefeninspektors Zimner erfolgte auf die Beschwerde seiner Rechtsanwälte. Die Haftdauer betrug nahezu fünf Wochen. Von den annähernd 60 vernommenen Zeugen sagte die überwiegende Mehrzahl zugunsten Zinkes aus. Eine Gegenüberstellung Zinkes mit der Frau des Ermordeten ergab nichts Belastendes.

Kein Verfahren wegen des Reinsdorfer Sprengstoffunfalls. Wittenberg. Am Zusammenhang mit dem Unglücksfall der sich am 17. Januar d. J. in den Sprengstoffwerken in Reinsdorf ereignete und dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, wurden Vorwürfe gegen den Direktor Zimner, des Licht- und Kraftwerks erhoben. Er sollte den Unglücksfall durch Überhöhung des Gasdruckes verschuldet haben. Nach langwierigen Ermittlungen hat die Staatsanwaltschaft in Ergänzung des Verfahrens gegen ihn eingeleitet, weil sich eine strafbare Handlung nicht hat nachweisen lassen.

Landwirte helfen sich selbst. Weißenfels. Über 500 Landwirte nahmen auf der Hauptversammlung der Weissenfelder Kreisbauernschaft eine Ent-

scheidung an, in der der Schutz der Notverordnung gegen Zwangsversteigerung landwirtschaftlicher Betriebe als nicht genügend bezeichnet wird. Jedem der Beteiligten wird die Verpflichtung auferlegt, bei Zwangsversteigerungen aller Art kein Gebot abzugeben. Wer dagegen verstößt, soll wirtschaftlich und gewerblich ruiniert werden. Von den landwirtschaftlich und gesellschaftlich geachtet werden. Von den Zwangsversteigerungen zur Landwirtschaf haben, wird gefordert, daß sie sich dieser Sozialgemeinschaft und ihren Forderungen angeschlossen.

300 Wiltörer im Calber Bezirk.

Calbe (Saale). Das Ergebnis der diesjährigen Jagensaison lag nur um 50 Prozent geringer als im Vorjahre. Nach Ansicht der Jäger soll die Menge in der emigen Tätigkeit der Wildbiede zu suchen sein. Gegen 300 treiben in der hiesigen Flur ihr Umheren. Mit Hundstagen sollen die Wiltörer ausziehen, die sie voll Jagdermiit laden und darunter die Beute verkaufen, so daß sie unangesehnt nach Hause gelangen.

Staatsministerium gegen Landtagsbeschlus. Dessau. Der Anhaltische Landtag nahm mit 15 gegen 3 Stimmen der Kommunisten bei Stimmenhaltung der Sozialdemokraten und der Abgeordneten Dr. Rammelt und H. K. Klau ein beschlußfassendes Statut an, den Sitz der Kreisleitung nach Köthen zu verlegen. Ministerpräsident Deiters erklärte, daß das Staatsministerium diesem Beschlus keine Genehmigung erteile. Damit dürfte Dessau der Sitz der beiden vereinigten Kreise Dessau und Köthen werden.

Todesurteil gegen einen Kindesmörder. Dessau. Das Anhaltische Schwurgericht verurteilte den 31 Jahre alten Gelegenheitsarbeiter Franz Hädicke aus Raguhn, der am 3. November dieses Jahres die 6 Jahre alte Marianne Wabnick an sich gelockt, in vielfacher Weise gebraucht und dann ermordet hat, zum Tode. Die Leiche des Kindes wurde am Ufer der Saale gefunden. Der Mörder ist ein übel beleumdetes Subjekt und wegen Diebstahls und Missetatenverbrechen bereits vorbestraft.

Stützgebäude Straßenspaß wird billiger. - Demonstrationen vor dem Rathaus.

Magdeburg. Während der letzten Stadtverordnetenversammlung demonstrieren Arbeitlose vor dem Rathaus, das polizeilich geschützt wurde. Kommunistische Redner hielten Ansprachen an die Demonstranten, von denen einer eine Fensterzerstörung des Rathauses einschlug. Da die Polizei mit dem Gummistempel gegen die Menge vorging, konnten größere Zusammenstöße vermieden werden. Der Beginn der Stadtverordnetenversammlung verzögerte sich wegen der Demonstrationen etwas. Ein kommunistischer Antrag, den Erwerbslosen zu gestatten, der Verwaltung der kommunistischen Erwerbslosenämter im Sitzungssaal beiwohnen wurde abgelehnt. Eine Abordnung der Demonstranten wurde jedoch von verschiedenen Rathausstraktionen zur Anhörung ihrer Wünsche im Bürgeraal empfangen.

Ein staatsparateller Antrag fand Annahme, möglichst schon ab 1. Januar zum 15-Pfennig-Tarif bei der Straßenbahn zurückzuführen, an Stelle des jetzigen 20 Pf.-Tarif. Der Magistrat wurde weiter ermächtigt, nachträglich nachträglicher Zustimmung der Stadtverordneten alle verkehrbaren Erleichterungen von fahrlässigen Abgaben und Tarifen einzuführen zu beschließen und durchzuführen. Oberbürgermeister Reuter erklärte hierzu, daß der Magistrat sich im Auftrage der Straßenbahn für die Wieder Einführung des 15-Pf.-Tarif einsehen werde. Weiter sollte er Ermäßigungen verschiedener fahrlässiger Tarife in Aussicht stellen.

Im Übrigen nahm die Versammlung bekannte, wichtige Magistratsvorlagen, so die Genehmigung weiterer 50 000 Mk. für die Winterhilfe, spontaneigene Entkung der Kurlisten in den fahrlässigen Kraftfahrzeugen und die Einrichtung eines freiwilligen Arbeiterzirkels bei fahrlässigen Sportanlagen an.

Zweites Todesopfer der vereinten Landstöße. Witten i. B. Der 40-jährige Mann auf der vereinten Staatsstraße Pflanzweg 10, bei dem der 22 Jahre alte Hausknecht Ferdinand Langner den Tod fand, hat ein zweites Todesopfer im Geschehen gehabt. Der 66 Jahre alte Ausländer Carl Emil Neubert aus Plauen, der

neben dem todtlich verunglückten Langner lag, trug einen Unterarmbruch, eine Wundenreißung und sonstige innere Verletzungen davon. Es möchte sich eine Operation erforderlich, die bis zum morgigen Tag auszuführen wurde. Am Rad wurde der Neubert seinen schweren Verletzungen erlitten.

Drei Jahre Zuchthaus wegen Hochverrats.

Leipzig. Der vierte Strafakt des Reichsgerichts verurteilt heute den hiesigen Verwaltungsassistenten Erich Kettler aus Einfiedel (bei Chemnitz) wegen fortgesetzten Verbrechens der Vorbereitung zum Hochverrat mit Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung sowie wegen fortgesetzten Amtsvergehens zu drei Jahren Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe. Dem Angeklagten werden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt. Er gefand, daß er etwa zwanzig unangesehnte Reformulare geföhlen habe und auch eine Ministerialeinführung, die sich mit der Festlegung des deutschen Kleinbahnnetzes beschäftigte, und anderes Material entwendet und der SPD zu geföhrt habe.

Stadttrat Stahlf unter Falschheid-Anklage.

Leipzig. Die Staatsanwaltschaft hat nach Wählus der Voruntersuchung gegen Stadtrat Prof. Dr. Stahl wegen der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen, in seinem „Goldpflomber“-Prozeß falsche Angaben gemacht und beschworen zu haben, Anklage wegen fahrlässigen Falschheids erhoben, den er über keine persönliche Inanspruchnahme der Schuldenhaft gestellt haben soll. Stadtrat Stahl hat sich verhaltenlich bis zur Entscheidung der Sache beurlauben lassen.

Der Christbaum war schön.

Dahlen. Der Bürgermeister Morgenstern hatte auf Verlangen der Bürger auf dem Marktplatz einen Weihnachtsbaum für alle errichten lassen. Das nahmen die Kommunisten zum Anlaß, in der letzten Stadtverordnetenversammlung Antrag auf Zerschlagung des Bürgermeisters einzubringen. Der Antrag wurde angenommen, da außer den Kommunisten und Sozialdemokraten auch zwei bürgerliche Abgeordnete dafür stimmten.

Im Saal verbrannt.

Glauchau. In der Staatsstraße Meierei-Zwischau wurde Sonntag früh ein brennendes Auto im Straßenrand gefunden, das sich überschlagen hatte. In dem Auto befand sich eine verholte Leiche. Der Wagen gehört der Filiale Dautzler-Benz in Zwischau. Der verunglückte Autoführer soll der Leiter der Filiale sein.

Fahrlässige föhrt auf ein Haus.

Döbeln. Der 25 Meter hohe Schornstein einer hiesigen Tuchfabrik stürzte beim Umlegen auf den Giebel eines Fabrikgebäudes, der vom Dach bis zum Erdgeschoß durchschlagen wurde. Die Leichen sind nicht verlegt worden; doch ist der Schaden sehr erheblich.

Die Stundung der Hausinssteuer.

In Preußen besteht die Bestimmung, daß einem bedürftigen Mieter nur dann die auf seiner Wohnung lastende Hausinssteuer gestundet und erlassen werden könne, wenn sie dem Vermieter nicht bereits gestundet ist. Da die Hausinssteuer auf die einzelnen Wohnungen umgelegt, also vom Mieter getragen wird, verlangt die Zentrumsfraktion in einem Antrag die Aufhebung dieser Bestimmung, die dem Wesen der Hausinssteuer widerspreche.

Der Mieterbund wendet sich an den Reichstag.

Der Bund deutscher Mietervereine will dem Reichstag zur nächsten Sitzung eine Denkschrift zu dem wohnungswirtschaftlichen Teil der Notverordnung überreichen. An den Beisitzern, die hierzu aufgestellt sind, wird der Abbau der Hausinssteuer als unerträgliche Zumutung an die alten Hypothekendarlehen und Sperrbesitzer. Die angeordnete Wiedereinführung ist im Verhältnis zur allgemeinen Kaufkraft eine wirkungslose Geste. Das außerordentliche Mietschutzgesetz sei ungenügend, und die Voderungen des Mieterföhns ständen im Widerspruch zu dem Willen der Reichstagsmehrheit.

Gedenket der hungernden Vögel!

17193

Bücher sind die besten Geschenke

Bücher sind Freunde, Bücher sind Gefährten!

Gesangbücher
Jugendschriften :: Romane :: Kriegsliteratur
Novellen :: Lieder :: Gedichte

Ein gutes Buch sollte daher auf keinem Weihnachtsliste fehlen! — empfiehlt in reicher Auswahl

Richard Arnold - Buchhandlung - Kemberg

Filzschuhe	Filzpantoffeln	Für Raucher	Liköre	4 Wochen alte Ferkel
Hüte	Mützen	Zigarren	Rum-Arrac-Weinbrand	Speise-Kartoffeln
Pelzkragen	Pelzbesätze	Zigaretten, Tabak	Rotweine :: Fruchtwine	Gänsefedern
Rich. Hamann	Am Markt	Rauchgarnituren	Simmerpfeist	Lenatol
		C. G. Pfeil	Ww. W. Becker	best. Messingputzmittel
			Wittenberger Straße 19	erhältlich bei R. Arnold, Markt



Schützenhaus

beehrt sich zu den Feiertagen ein glänzendes Fest-Programm darzubieten:

1. Feiertag

● ab 3 Uhr: **Kaffee-Konzert** ●

Abends 1/2 9 Uhr das große Film-Melodrama.

Die romantisch, poetische Liebesgeschichte des jungen Goethe und der schönen **Friederike v. Sesenheim**

Die Jugendgeliebte

10 gewaltige Akte **Goethes Frühlingstraum**
Die Jugendgeliebte, mit erstklassiger Musik und Gesangseinlagen, ein echter deutscher, ein wundervoller Film, den jeder sehen muß.

Großes Beiprogramm u. a. **Kemberger Heimattfest**

2. Feiertag

● ab 4 Uhr: **Großer Festball** ●
Erstklassige Ballmusik

* * *

3. Feiertag

Weihnachtsfeier des Gärtners-Mehnertschen Tanzstundenzirkels

ab 7 Uhr: **Tanzkränzchen**

Damen und Herren früherer Tankurse nebst Eltern und sonst jedermann herzlich eingeladen.

Um gütigen Zuspruch seiner erstklassigen Darbietungen bittet **Carl Fröhnel**.

Zu den Feiertagen

empfehle

Rind-, Kalb- und Schweinefleisch

*Irische Sülze
Kasseler Rippespeer
Kaiserjagdwurst - Mortadella
Wiener Würstchen
Bockwurst - Breslauer
- Würstchen in Dosen*
Richard Krausemann

Empfehle zu den Feiertagen prima frisches

Rind-, Kalb-, Hammel- u. Schweinefleisch Rehfleisch

rohen und gefochten Schinken, Kasseler Rippespeer, Jagdwurst, Mortadella, Wiener Würstchen, Bockwurst, sowie alle Sorten Würstwaren frisch u. geräuchert. Kleine Schinken, passend als Weihnachtsgeschenk
Ewald Ballmann

Christbaumschmuck

Christbaumkerzen, Licht- und Ruffhalter, Wunderkerzen empfiehlt
Richard Arnold, Leipziger Straße und Markt

Empfehle frisch eingetroffen
Schellfisch :: Fischfilet
Grüne Seringe
Bollbäcklinge, Sprotten
Richard Tempelhof, Tel. 254
Lassen Sie sich bitte durch **Vorbestellung** einen

schönen Spidaal
referieren.
D. D.

Zigarren
hübische Aufmachung
in 100, 50, 25, 10 Stk Packungen
Zigaretten
bekannte Marken
große und kleine Packungen
empfeht
Ww. W. Becker,
Wittenberger Straße 19

Voranzeige.
Sport-Verein „Rot-Weiß“
Kemberg
Am 1. Weihnachtsfeiertag abends 7 Uhr
Weihnachtsfeier
Der Vorstand



Nicht vergessen!

Wenn Ihr Weihnachtsmann diesmal eine Kamera bringen soll, dann besorgen Sie sie lieber rechtzeitig.

Eine Kamera ist ja auch wirklich etwas sehr schönes, und bei mir bekommen Sie schon für Mark 26.10 eine Voigtlander-Kamera.

Sicher kommen Sie auch lieber jetzt, wenn der Laden noch nicht so voll ist.

Apotheke Kemberg
Drogen und Photohandlung

Pfeil

Kaffee

vorzügliche Festschmungen
(auch in Präsent-Packungen)
ganz frisch aus eigener Rösterei von **C. G. Pfeil**

Rechtsrat

Prozeßsachen (Amts- u. Landgericht)
Kaufverträge, Testamente,
Steuerfachen (Vermögenssteuer)
Jeden **Freitag vormittag** im
Amtsgericht.
A. Lehmann, Gerichtsreferendar a. D.
und öffentl. angeht. Vertreter
Weinbergstraße 8

Passende Weihnachts-Geschenke!

Teppiche

in allen Größen und Qualitäten

Läufer : Vorlagen : Felle : Tisch- u. Divan-Decken

Linoleum / Stragula

zum Auslegen ganzer Zimmer, sowie als Teppich, Läufer, Vorlage

Wachstuch-Decken

abgepost und vom Stück in allen Größen und Qualitäten

Otto Kluge, Wittenberg

Collegienstraße 81

Telefon 2200

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher 9. 203

„Blauer Hecht“

Am 2. Feiertag, abends 8 Uhr

großes

Extra-Konzert

(Militär-Konzert)

ausgeführt von der

Stahlhelm-Bundeskapelle Halle

Dirigent: R. Seifert (ehem. tgl. bayr. Musikmeister)

Fanfarenmärche m. **Heroldstrompeten u. Kesselpauten**

Anschließend

Deutscher Tanz für die Konzertbesucher

Eintritt: 75 Pf. im Vorverkauf in der Buchhandlung Arnold, an der Abendkasse 80 Pf.
Es laden herzlichst ein

Musikmeister **A. Seifert**

Paul Günther

Frisch eingetroffen

Weihnachts-Male

Bratkeringe 1 Liter Dose 58 Pf.

Bratrollmops Hering in Gelee

Kronsardinen, Oelsardinen

Bismarkheringe

Seelachs in Scheiben

Seelachsschnitzel, los

Appetitsild Gabelbissen

Filetheringe in Majonäse

Appetithappen Fleischsalat

frische Büdlinge

Fetheringe 10 St. 50 Pf.

saure Gurken

Frischgurken Pfeffergurken

Senfgurken

empfeht billigt **J. G. Glaubig**

Was bringt der Rundfunk an den Feiertagen?

Funkzeitungen

noch erhältlich bei

Rich. Arnold

Reiche Auswahl in

Spirituosen und Weinen

billigt bei

C. G. Pfeil

Weihnachtspostkarten

empfeht in reichster Auswahl **R. Arnold**

Gesang-Verein „Harmonie“, Reuden

feiert am 1. Weihnachtsfeiertag sein

50jähriges Stiftungsfest

bestehend aus Gesang, Konzert, Theater u. Ball

Anfang 7 Uhr. — Eintritt 50 Pf.

Es ladet freumblickt ein **Der Vorstand.**

Wir danken allen recht herzlich auf diesem Wege für die uns zu unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit.

Max Schüze und Frau
Marta geb. Brosse.

Bitterfelder - Aktien-Bierbrauerei
vorm. A. Brömme
Niederlage Zörbig (Krs. Bitterfeld)

Für die liebevolle Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sprechen wir allen hierdurch unseren herzlichsten Dank aus.

Im Namen der Hinterbliebenen
Eva Eyllig

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärische Unterhaltungsblätter“. — Bezugspreise: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Strafe nicht ersichtlich, jedoch Anpruch auf Lieferung bzw. Rückschaltung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenhöhe 10 Zeilen oder deren Raum 15 Pf., die Spaltenhöhe 40 Pf., Ausnahmestellen 30 Pf. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederholung unentgeltlich geschickter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10 — M., das Saalend, zusätzlicher Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 151

Dienstag, den 22. Dezember 1931

33. Jahrg

Nach der Notverordnung vom 8. 12. 1931 sind bis auf weiteres auch alle

Arbeitslosen-Versammlungen verboten.

Wer trotz dieses Verbots Versammlungen anberaunt, an Versammlungen teilnimmt oder sie in seinen Räumen duldet, hat Geld- oder Freiheitsstrafe zu erwarten. Schant- oder Gattwirtschaften können polizeilich geschlossen werden.

Ferner verbietet sich jede Anklammerung oder das geflügelte Auftreten von Erwerbslosen im Rathausstreifen. Verstöße werden als Vergehen gegen die öffentliche Ordnung bestraft werden.

Kemberg, den 21. Dezember 1931.

171) Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Steuerkarten-Ausgabe.

Die Steuerkarten für 1932 sind Montag, den 28. Dezember, vormittags im Magistratsbüro abzuholen. Kemberg, den 21. Dezember 1931.

172) Der Magistrat.

Donnerstag, den 24. Dezember, 14 Uhr,

Mütterberatungsstunde

im Bürgerklub.

Kemberg, den 21. Dezember 1931

170) Der Magistrat.

Stadtverordneten-Sitzung

Dienstag, den 22. Dezember, 20 Uhr, im Rathaus.

Tagesordnung

1. Genehmigung der letzten Niederschrift,
2. Kenntnisnahmen,
3. Führerübergabe für 1932,
4. Bewilligung weiterer Mittel für Erwerbslose.

Erwählungsbefugter haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einlaßkarten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einlaßkarten sind ungültig.

Kemberg, den 19. Dezember 1931.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

169) S. Lubley.

Wird die Notverordnung helfen?

Es geht um Gründung von Wirtschaft und Industrie.

Die ersten Notverordnungen, welche die Regierung Erteilung herausgegeben hat, haben der deutschen Wirtschaft, insbesondere dem Reich, den Ländern und Gemeinden eine Einparung von 2,4 Milliarden Mark eingetragen. Allerdings muß man hierbei berücksichtigen, daß infolge dieser Einparungen viele Entlassungen vorgenommen wurden und viele Menschen arbeitslos geworden sind. Die neue Notverordnung soll wieder Ersparnisse bringen, und zwar in großen Umfang. Wenn die Wirtschaft soll durch Senkung der Frachten bei Bahn und Wasserschiffahrt um 360 Millionen Mark entlastet werden. Sie hat es nötig, denn man braucht sich nur umzusehen, und man wird finden, daß uns jeder Tag neue Alarmsmeldungen bringt.

Die Baumwollspinnereien klagen über unnormale Einfuhr von englischem Garn, und die Baumwollwebereien teilen mit, daß in der zweiten Hälfte des November keine Geschäftstätigkeit größeren Umfangs festgestellt werden konnte. Die bekannte Webwaren W.-G. in Köln hat hohen Konkurs angemeldet. Bei der Gardinenindustrie finden wir im Dezember eine weitere Verschlechterung des Geschäftes und einen Rückgang der Preise, ebenso ist im Textilgeschäft eine übertriebene Zurückhaltung der Kundtschaft bei unbefriedigenden Preisen zu beobachten. Die Robeileinerzeugung liegt katastrophal darnieder. So wird aus Schließen für die letzten Wochen ein fast völliger Ausfall der Produktion gemeldet, und die Gesamtzerlegung der deutschen Robeileinerindustrie in den ersten elf Monaten dieses Jahres betrug nur 5,7 Millionen Tonnen gegen 9 Millionen Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Auch sonst sieht es nirgends tollig aus. Die Firma Continental in Hannover hat ihr Werk in Seelze stilllegen müssen und läßt die umfangreichen Fabrikgebäude abreißen. Siemens in Berlin mußte seine Bauminion eingehen lassen, und die Waggonfabrik Geddrüder Crede & Co. in Kassel hat 520 Arbeiter und Angestellte entlassen und will das gesamte Werk stilllegen. Nach Mitteilung der Firma will sie nicht einmal die neuen Aufträge der Reichsbahn annehmen, da auch diese keine Rettung mehr bringen können. Die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen Ludwig Loewe & Co. A.-G. in Berlin will 20 Millionen eigene Aktien einziehen, da sie die infolge der gekündeten Kurse erfolgten Abschreibungen auffangen möchte.

Bei den Schraubenfabriken hat sich im November der Auslandsmarkt tolllos gestaltet. Ungarn gibt überhaupt kein Geld mehr, und wer liefern will, muß ungarische Waren in Tausch nehmen. Preisunterbietungen finden sich in allen Branchen, und zwar in beachtlichem Umfang, daß sie nur durch Verlaufsverluste zu erklären sind. Die Lage der Schiffahrt gestaltet sich infolge des Bündelsturzes immer schwieriger, weil die auf Schilling laufenden Frachten sich der Bündelwertung noch nicht angepaßt haben. Die Folge ist ein Rückgang des Güterverkehrs und ständig turrierende Gerüchte von der Umstellung deutscher Schiffe auf fremde Flaggen. Vor einigen Tagen hat Kanada an England große Aufträge in Stahl- und Elektromotoren gegeben, und bei uns geht es jetzt den größten Firmen dieser Branchen schlecht. Bess' man doch, daß Siemens die vor kurzem durch Inflation von 20 Millionen errodene und zum modernen Wert dieser Art ausgesetzte Turbinenfabrik Wilhelm-Nuhr praktisch stilllegen mußte, und daß die Neubauten in Siemensstadt bei Berlin nicht ausgenutzt werden können. Die Königs- und Varrahütte, von denen die erstere seit 12. Dezember stillgelegt ist, nahm eine Herabsetzung des Kapitals um 65 Millionen vor, um sich der Wirtschaftslage anzupassen. Die Viste könnte beliebig verlängert werden.

Wird nun die neue Notverordnung die so dringend erforderliche Entlastung bringen? Wir wollen es hoffen, ohne daß wir indessen Grund zu einem allzu rosen Optimismus haben. Der Hauptzweck der einschneidenden Bestimmungen besteht ja in einer allgemeinen Senkung der Preise durch eine entsprechende Verminderung aller Löhne, wodurch eine verstärkte Ausfuhrmöglichkeit deutscher Erzeugnisse geschaffen werden würde. Hieron verpricht man sich neben einer Verminderung der Arbeitslosigkeit die so bitter notwendige Aufhebung der Wirtschaft. Leider machen sich demgegenüber im Ausland aber verstärkte Bestrebungen geltend, die der vergrößerten deutschen Wareneinfuhr durch erhöhte Zölle oder Sonderbestimmungen hinsichtlich der Einfuhr zu begegnen. Auch das Wohlfahrt der ausländischen Währung trägt das Seine dazu bei, dem deutschen Export erhöhte Schwierigkeiten zu bereiten. Die diesbezüglichen Wirksamkeiten lassen sich bereits aus den letzten veröffentlichten Ziffern über die Entwicklung des deutschen Außenhandels der letzten Zeit feststellen. Es wird somit zweifellos ganz besonders schwieriger und gefährlicher Verhandlungen unserer Außenhandelsstellen bedürfen, wenn es uns gelingen soll, die an die neue Notverordnung geknüpften Erwartungen zu erfüllen und auf die Dauer zu bewahren.

Warnrufe aus Amerika.

Hoover-Memorandum vom Repräsentantenhaus angenommen.

Washington, 19. Dezember.

Das Repräsentantenhaus nahm das Hoover-Memorandum mit 317 gegen 100 Stimmen mit dem vom Finanz-ausschuß angenommenen Zusatz, der sich gegen Streichung oder Herabsetzung der Kriegsschulden richtet, an.

Das Haus stimmt also dem Memorandum als einmaligen, jetzt nicht mehr zu änderndem Schritt Hoovers zu, betont jedoch, daß dies nicht eine Blankovollmacht für weitere Memoranden oder für eine Revision der ältesten Schuldenabkommen bedeute. Die entscheidende Sitzung des Re-



Nur durch derartige Maßnahmen könne das Vertrauen wiederhergestellt werden.

Eine internationale Konferenz könne am besten von den Berechtigten Staaten einberufen werden. Jede Nation müsse mit dem Willen daran teilnehmen, einen möglichst großen Beitrag zum Wiederaufbau der Welt zu leisten, und dürfe nicht befristet sein, so viel wie möglich nur für sich selbst herauszuschlagen.

Englisch-französische Reparationsdebatte.

Ein leitender Vertreter des englischen Schatzamtes ist nach Paris entandt worden, um in mündlichen Verhandlungen mit den zuständigen französischen Stellen die Note zu kommentieren, mit der die englische Regierung das französische Reparationsmemorandum kommentiert hat. Diese englische Note hat es vermieden, auf praktische Einzelheiten einzugehen, und sie begründet diese Tatsache mit dem Hinweis darauf, daß es zweckmäßiger sei, den Bericht der Waller Sachverständigen abzuwarten.

Grundsätzlich aber gibt die Note der französischen Regierung noch einmal sehr eindringlich zu verstehen, daß man in England die Reparationen und die Kriegsschulden als die wesentlichen Ursache der Weltwirtschaftskrise ansieht und einen früheren Ausweg aus dieser Krise nur in der Beilegung dieser beiden Ursachen zu erblicken vermag.

Dieser englische Standpunkt wird in einzelnen dargelegt, und dabei kommt die englische Regierung zu der ebenso interessanten wie zeitgemäßen Feststellung, daß Deutschland in den letzten Jahren weitgehend durch englische Kredite und durch die Steigerung der deutschen Ausfuhr nach England inländisch gelöst worden sei. Reparationszahlungen zu leisten, das also Frankreich einen Teil seiner Reparationen indirekt von England bezogen habe.

Die Neufassung gutunterrichteter Pariser Blätter zeigen deutlich das französische Bestreben, die Entlastung zu verneinen oder doch zu verzögern und betonen die Schwierigkeit eines Ausgleichs zwischen der französischen und englischen Auffassung.

„England hat die Reparationen fast“

Der englische Delegierte auf der Sachverständigenkonferenz in Basel, Layton, hat dem Leiter einer großen Bank folgendes erklärt:

England hat die Reparationen fast. Wir werden das Pfund Sterling so lange nicht stabilisieren, als die militärische Wiederherstellung Europas durch den Druck der Reparationen paralytisiert wird.

Preußens Sparmassnahmen.

Schlachtfleuer oder Spatoladensteuer?

Zu der Behauptung, die neue preußische Notverordnung bringe Ersparnisse von 150 Millionen, wird erklärt, daß der finanzielle Ausgleich erheblich größer sein werde. Dies ist schon deshalb notwendig, weil das ausstehende Staatsdefizit für 1932 rund eine halbe Milliarde umfaßt.

Generell enthalte die Notverordnung die Drohkraut, daß alle Sachausgaben gegenüber den bereits gefürzten Titeln des Haushaltsplanes für 1931 verbleiben in einem bestimmten Umfang zu vermindern sind.

Leber das Wo seien die Verhandlungen mit dem einzelnen Ressorts noch nicht abgeschlossen. Auch dann aber werde durch die Notverordnung allein der Ausgleich im Haushaltsplan noch nicht hergestellt, so daß man gezwungen sein werde, eine neue Einnahmequelle zu schaffen.

Ob man die unpopuläre Schlachtfleuer hierfür einsehen werde, sei noch immer nicht entschieden.

Für wenig wahrscheinlich gilt der Plan, an Stelle der 100 Millionen einbringenden Schlachtfleuer

eine Margarinesteuer

einzuführen, für die geltend gemacht wird, daß sie ein Produkt treffe, das zu wesentlichen Teilen aus ausländischen Rohstoffen hergestellt wird.

Demgegenüber werde man aber darauf, daß die Margarinesteuer hauptsächlich die „inberberichtigten“ Bevölkerungsschichten treffen müßte.) erklärt, daß die gleichen Voraussetzungen bezüglich der „loshofe auch bei einem anderen Produkt, nämlich bei der Spatolade, vorliegen, die schon eher der Besteuerung unterworfen werden könnte.

Erschönt sei noch, daß sich Ersparnisse auch am Verbrauchswesen kaum vermeiden lassen werden. Es ist anzunehmen, daß der bisherige staatliche Kopfbeitrag für das Berufsheimwesen von 20 RM erheblich, etwa auf 12 RM herabgesetzt wird. Auf Grund der organisatorischen Änderungen durch die neue Notverordnung, also der Aufhebung von Amtsgerichten, von Oberförstereien, der Schließung von wissenschaftlichen und von Kunstmitteln usw., macht sich eine nochmalige Umarbeitung des Etatentwurfs für 1932 notwendig, ehe der Haushaltsplan im Januar an den Landtag gehen kann.

Preussischer Landtag.

Mittrauensantrag gegen Klepper abgelehnt.

Berlin, 19. Dezember.

Der preussische Landtag lehnte in seiner letzten Sitzung vor der Weihnachtspause am Freitag den deutschnationalen